

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (18. Jahrgang, Nr.03 März 2024)

besuchen Sie uns auch im Internet unter www.dags-konvent.de

Das Fernsehen hat die Diktatur unmöglich gemacht, aber die Demokratie unerträglich.

Shimon Peres, (1913-2016) 2007-2014 israelischer Staatspräsident

Unser soziales Sicherungssystem muss reformiert werden

In unserer Gesellschaft wächst zunehmend der Unmut über die bestehende Situation der Verarmung weiter Bevölkerungskreise und die Entwicklung der sozialen Probleme einschließlich der Überforderung der Tafeln als Ersatzversorgung mit Grundnahrungsmitteln. Dabei ist vieles von der Politik in den letzten Jahren hausgemacht und führt zu einer weiteren Radikalisierung in Richtung Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft. Dass es trotz des demografischen Wandels auch anders gehen kann, zeigt sich an den Renten-Modellen Österreichs, der Niederlande, Großbritanniens oder der Schweiz. (<https://www.boeckler.de/boeckler-impuls-oesterreich-rente-nachhaltig-finanziert-4206.htm>
<https://www.bpb.de/themen/soziale-lage/rentenpolitik/292889/laenderbeispiele-niederlande-grossbritannien-schweiz-und-oesterreich/>)

Zusätzlich wäre es aus meiner Sicht sehr hilfreich, wenn man die Pflegeversicherung zu einer Vollkaskoversicherung umwandeln würde, ähnlich der gesetzlichen Krankenversicherung. Das ist zwar im Moment etwas teurer, aber ein sehr wirksames Mittel, um die Altersarmut und die Belastungen der Familienangehörigen zu entlasten. Wir alle wissen, dass Pflegepatienten und später auch die Angehörigen mit ihrem Vermögen herangezogen werden bis zu einem Selbstbehalt von 5000,- €. Sehr häufig bleibt dann für die Betroffenen nichts mehr übrig für eigene Bedürfnisse und Investitionen als ein Taschengeld.

Das ist auf der einen Seite entwürdigend gegenüber den Betroffenen. Auf der anderen Seite belastet es die öffentlichen Kassen der Kommunen und der Angehörigen mit hohen Kosten und Aufgaben bei der Ermittlung des Zuzahlungsbedarfs, der mit einem verwaltungstechnisch enormen Aufwand verbunden ist. Angehörige und Familien werden belastet und müssen manchmal ihr Eigentum verkaufen oder die Immobilien-Finanzierungen geraten ins Wanken. Die Armut und Belastung überträgt sich somit weiter auf die nächste Generation. Und es gibt sehr häufig Streit ums Geld, der dann auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen wird.

Angehörige und Familien leiden darunter und verarmen unter der Last, je höher der Pflegebedarf wird und der Pflegegrad festgestellt wurde. Abgesehen von der großen persönlichen Belastung bei der Pflege durch Angehörige. Für die nachwachsende Generation wird die Übergabe des Hauses oder des Familienvermögens deutlich geschmälert.

Ich kenne aus der Praxis sehr viele Fälle, in denen die Betroffenen völlig überfordert sind und sich Berge von Rechnungen und Behördenpost ansammeln. Zahlungen für teuren Zahnersatz ist nicht möglich oder der Umzug in eine barrierefreie Wohnung oder Betreutes Wohnen, um nur zwei Bereiche zu nennen.

Mein Vorschlag dazu wäre:

1. Die gesetzliche **Rentenversicherung** umlageorientiert und nachhaltig finanzieren in die alle einzahlen müssen: Selbstständige, Beamte, Abgeordnete in den Parlamenten, Künstler, freiwillig Versicherte usw.
2. Die **Pflegeversicherung** umbauen zu einer gesetzlichen Vollversicherung.
3. Die bestehenden **Pflegestützpunkte** erweitern zu Management-Zentren für betroffene Patienten und ihren Angehörigen

Dass das Ganze strukturell und personell nicht leicht zu bewältigen ist, dessen bin ich mir bewusst. Aber es geht erst einmal darum, das Übel der Verarmung weiter Bevölkerungsschichten und älterer Mitbürger, besonders Frauen, bei der Wurzel zu packen.

Für weitere Anregungen und Diskussionen sind wir wie immer offen.

Harald Dalibor

Diakonie: Kein Mensch darf auf den Straßen erfrieren

Auch die Diakonie Hamburg ruft vor dem Hintergrund frostiger Temperaturen zu erhöhter Fürsorge gegenüber Obdachlosen auf. Wer einen obdachlosen Menschen auf der Straße sieht, solle diesen ansprechen, ihm Hilfe anbieten und warme Getränke kaufen, appelliert das Diakonische Werk. Bei Bedarf sei ein Rettungswagen über den Notruf 112 anzufordern. Obdachlose kämpfen bei Dauerfrost ums Überleben, die Kälte setze den ohnehin geschwächten Menschen sehr zu. Im schlimmsten Fall bestehe Lebensgefahr.

aus: HEMPELS vom Januar 2024

Habe ich einen Migrationshintergrund?

Es ist nach dem Geheimgespräch von Rechtsradikalen mit Mitgliedern der AfD und der Werteunion zu befürchten, dass Bürger mit Migrationshintergrund abgeschoben werden könnten, wenn die Rechten an die Macht kämen. Das erinnert daran, dass auch die Nationalsozialisten lange vor ihrer Machtergreifung, nämlich bereits 1920 darüber nachdachten, wie Bürger in verantwortlicher Stellung ihre arische Abstammung nachweisen können. Für alle Beamten und ihre Ehepartner wurde ein „kleiner Ariernachweis“ erdacht, welcher eine arische Abstammung ab 1. Januar 1800 nachweisen sollte, und für Angehörige der SS ein „großer Ariernachweis“, welcher eine arische Abstammung ab 1. Januar 1750 nachweisen sollte. Unmittelbar nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 wurden diese Überlegungen zum Gesetz erhoben.

Ich befürchte, dass bei dem geheimen Treffen am 25. November 2023 im Hotel „Landhaus Adlon“ bei Potsdam die ausgesprochenen Gedanken über eine mögliche Ausweisung von deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund ähnlich wie damals der Ariernachweis zu einer furchtbaren Realität werden könnte.

Bis zu welcher Generation zurück ist man „deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund“? Habe ich einen Migrationshintergrund, weil einer meiner Urgroßväter väterlicherseits aus dem tschechischen Teil des Erzgebirges, aus Jachimov (Joachimsthal) und ein Urgroßvater mütterlicherseits in einem französischen Dorf bei Straßburg lebte? Wäre ich damit nach der Lesart von AfD und aller Rechtsgesinnten „Deutscher mit Migrationshintergrund“ und müsste eine Ausweisung befürchten, wenn diese an die Macht kämen?

Klaus-Rainer Martin

6 % in Deutschland sind nie im Internet

Für 6 % der in Deutschland lebenden Menschen sind Smartphone und Internet verzichtbar. Insgesamt betrifft das 3,4 Mio. Sie gelten laut Statistischem Bundesamt als 'Offliner', weil sie noch nie im Internet waren. Die im vergangenen Jahr bekannt gegebenen Zahlen beziehen sich auf 2022. Große Unterschiede gibt es zwischen den Altersgruppen. Bei den 65- bis 74-Jährigen waren 17 % noch nie online, bei den unter 45-Jährigen lediglich 2 %. Weltweit gelten laut Vereinten Nationen 34 % als Offliner, etwa 12,7 Mrd. Menschen. In Europa und Amerika ist das Internet leichter zugänglich als anderswo.

aus: HEMPELS vom Januar 2024

Meine persönliche Schuldenbremse

Für mich heißt das Wort des Jahres nicht „Krisenmodus“, sondern „Schuldenbremse“. Schon seit Jahrzehnten gibt es in unserer Familie eine Schuldenbremse, ohne dass wir diese so genannt hätten. Doch

diese handhaben wir anders als der Bundesfinanzminister Lindner. Wir unterscheiden zwischen den Ausgaben für den täglichen Bedarf und langfristigen Investitionen. Bei den Ausgaben des täglichen Bedarfs schränken wir uns notfalls so ein, dass wir ohne Schulden zu machen, mit dem Geld auskommen. Doch längerfristige Investitionen finanzieren wir über Kredite und Darlehen. Würden wir hier eine Schuldenbremse einhalten, hätten wir uns niemals eine Doppelhaushälfte zulegen können. Das war nur möglich, weil eine Finanzierung mit einem Darlehen der Bausparkasse möglich war. Doch die Darlehenszinsen und eine regelmäßige monatliche Abzahlung der Darlehenssumme finanzierten wir über den normalen Haushalt. Ebenso war es uns in den hinter uns liegenden Jahrzehnten nur dreimal möglich, uns ein Auto durch Kredite anzuschaffen. Doch wenn neue Reifen fällig wurden, haben wir diese aus dem normalen Haushalt bezahlt.

Wir wären nie auf die Idee gekommen, einen so teuren Urlaub zu planen, dass dieser nur durch Überziehung unseres Bankkontos oder mit einem Kredit hätte finanziert werden müssen, wie das manche Mitmenschen auch tun.

Der Bundesfinanzminister wäre gut beraten, bei der Einhaltung der Schuldenbremse so wie ich genau zu differenzieren, was Ausgaben für den normalen Haushalt und was Ausgaben mit längerfristigen Wirkungen sind. Im Zweifelsfall müsste eine Expertenkommission entscheiden, ob die Finanzierung einer Maßnahme über den normalen Haushalt für das laufende Jahr oder über einen Kredit – und damit außerhalb der Schuldenbremse - zu erfolgen hat.

Auf keinen Fall sollte man die Einhaltung der Schuldenbremse zu einem Dogma machen. Manchmal kommt mir der Finanzminister wie ein Dogmatiker vor, der die Einhaltung der Schuldenbremse zu einem Dogma, zu einem Glaubensgrundsatz, gemacht hat, welches keine Ausnahmen zulässt.

Klaus-Rainer Martin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung des Herausgers wieder.

Beiträge und Anregungen bitte an

**Klaus Herrmann,
E-Mail: kherrmann@kabelmail.de**

**Unsere nächsten Treffen:
08.04. und 13.05.2024
jeweils von 17.00 bis 19.00 Uhr
im Rauhen Haus, Haus Weinberg**

Entsetzt euch nicht! Ihr sucht Jesus von Nazareth, den Gekreuzigten. Er ist auferstanden, er ist nicht hier.

(Monatsspruch für März 2024 aus Markus 16,6)

*Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
31. März 2024*